„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German-language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 20. Januar 1926 | 12 Seiten | Nummer 11

Liberale Regierung in Ottawa hat kleine Mehrheit

„Amendment" Meighens mit 123 gegen 120 Stimmen abgelehnt.

Progressive gehen getrennte Wege.

Bemerkenswerte Rede von Henri Bourassa.

Ottawa. — Die letzten Tage der parlamentarischen Verhandlungen im canadischen Unterhaus haben wiederum deutlich die bedauerliche Verfahrenheit der politischen Verhältnisse in unserer Dominion geoffenbart. Wohl noch nie ist den breiten Massen des Volkes das unbefriedigende Ergebnis der letzten Wahlen so klar vor Augen geführt worden wie gerade bei der Debatte und Abstimmung über den Vertrauensantrag von Hon. Ernest Lapointe für die Regierung King und über das „Amendment" des konservativen Oppositionsführers Arthur Meighen. Daß die Liberalen geschlossen für den Antrag Lapointes und die Konservativen ebenso geschlossen gegen denselben auftreten würden, war selbstverständlich. Zweifelhaft blieb jedoch bis zum letzten Augenblick die Haltung der progressiven Fraktion. Auch die Reden der von ihnen vorgeschickten Wortführer ließen keine feste Stellungnahme erkennen. Nur soviel war sicher, daß die 24 progressiven Abgeordneten unter sich selbst zu keiner Einigung kommen konnten und ihre Uneinigkeit zu verbergen suchten. Lediglich A. M. Carmichael, der progressive Abgeordnete von Kindersley, Sask., bekannte etwas besser Farbe und schlug sich bei der Abstimmung mit vier anderen Anhängern auf die konservative Seite. Die übrigen 19 Progressiven folgten dem Zuge ihres Herzens und warfen ihre Stimmen für die Fortdauer der liberalen Regierung in die Wagschale. Es ist gewiß interessant, die neue Spaltung der Progressiven festzuhalten und die Namen jener zu kennen, die sich für King oder für Meighen entschieden haben. Für das „Amendment" Meighens stimmten Campbell, Mackenzie, Sask.; Lucas, Camrose, Alta.; Carmichael, Kindersley, Sask.; Poulliot, Begreville, Alta.; Fansher, Lait Mountain, Sask. — Gegen das „Amendment", d. h. mit den Liberalen stimmten: Robert Forke, progressiver Führer, Brandon; Miß Agnes MacPhail, S.E. Grey, Ont.; Brown, Lisgar, Man.; Garland, Bow River, Alta.; Millar, Qu'Appelle; King, R. Huron, Ont.; Jelliff, Lethbridge, Alta.; Evans, Rosetown, Sask.; Bird, Nelson, Man.; Spencer, Battle River, Alta.; Gardiner, Acadia, Alta.; Ward, Dauphin, Man.; Speakman, Red Deer, Alta.; Beaubier, Provencher, Man.; Steedsmith, Eburis, Man.; Lovie, McDonald, Man.; Coote, MacLeod, Alta.; Johnston, Long Lake, Sask.; Kennedy, Peace River, Alta.

Manche glauben, die Spaltung der Progressiven sei nur aus taktischen Erwägungen erfolgt. „Wir können aber doch nicht annehmen, daß die Progressiven in einem solchen Augenblick von höchster nationaler Bedeutung nur parteipolitische Interessen sprechen ließen, sondern neigen eher der Ansicht zu, daß dabei die wahre Stimmung in der progressiven Fraktion zum Ausdruck gekommen ist. Mit den Liberalen und den 19 Progressiven gegen noch die zwei Unabhängigen A. W. Neill von Comox-Alberni, B. C., und Henri Bourassa von Labelle, Que., sowie die zwei Arbeitervertreter J. S. Woodsworth und A. H. Heaps. Die Konservativen erhielten nur noch Zuwachs von den erwähnten fünf Progressiven. „Speaker" Lemieux (liberal) und der ertrankte Konservative A. D. Chaplin von Kent, Ont., waren die einzigen Abgeordneten, welche ihre Stimmen nicht abgaben. Somit stellte sich das Ergebnis folgendermaßen dar:

Gegen Meighens Amendment	123
Für „ „ „	120
Mehrheit gegen Amendment	3

Der Abstimmung, welche mit größter Erregung erwartet und verfolgt wurde, ging noch eine lebhafte Debatte voraus, in welcher das Für und Wider von beiden Richtungen gründlich behandelt wurde. Eine der interessantesten Reden hielt unzweifelhaft der Abgeordnete für Labelle (Henri Bourassa). Er machte gleich in der Einleitung den Vorschlag, nach dem Muster des englischen Unterhauses auch in Canada die Einrichtung eines ständigen „Speaker" durchzuführen. In einem weiteren Teil seiner Ausführungen bekannte er sich zur Rolle eines Friedensstifters und suchte auch demgemäß die scharfen Gegensätze zwischen den Liberalen und Konservativen in etwa auszugleichen — gewiß keine leichte Arbeit bei den starken Meinungsverschiedenheiten, die in der Debatte hervorgetreten waren. Bourassa fand jedoch für die beiden Parteien und für die Progressiven freundliche Worte und bemühte sich, das Gute ihrer Vergangenheit anzuerkennen. Doch dann rechnete er mit der konservativen Wahltaktik in der Provinz Quebec ab, wo die Tories Patenaude vorgeschoben hatten, der mit einem Fiasko abschnitt. Nachdrücklich erklärte Bourassa: „Ich wiederhole, daß ich ein unversöhnlicher Gegner der konservativen Kriegspolitik bleibe." Ferner legte er seine Stellung zum britischen Reiche dar und wandte sich dabei gegen jede Art von „britischem Imperialismus".

Nach mehr historischen Betrachtungen über die verworrene Lage Canadas bemerkte Bourassa, daß er wohl gegen das Amendment von Meighen stimme, daß aber damit nicht gesagt sein solle, daß er in Zukunft für alle Maßnahmen der King-Regierung zu haben sein werde.

* * *

Bei der geringen Mehrheit, welche die liberale Regierung im Unterhaus errungen hat, ist natürlich keine stabile Grundlage für die kommende gesetzgebende Arbeit vorhanden. Wenn noch einige von den Progressiven in dieser oder jener Frage sich auf die Seite der Opposition schlagen, ist der Sturz der Regierung unvermeidlich. Andererseits hätte aber auch eine konservative Regierung nicht genügend Anhänger im Parlament, um unter allen Umständen einen festen Regierungskurs einhalten zu können. Jedenfalls scheint das Bestreben vorhanden zu sein, Neuwahlen soweit als irgendmöglich hinauszuschieben.

* * *

Am Montag begann die Debatte über die „Thronrede", wobei Arthur Meighen sofort einen Gegenantrag stellte folgenden Inhalts: „Wir bedauern, daß die Thronrede keinen Hinweis auf eine Politik gibt, welche mehr Arbeit in Canada beschaffen und besonders den Produzenten von Farmprodukten, von Kohle und anderen Urerzeugnissen den Vorteil gewähren kann, dessen sie sich bei der jetzigen Weltlage auf dem Inlandsmarkt zu erfreuen berechtigt waren."

Premier King sucht Wahl in Prince Albert

Ottawa. — Charles MacDonald, der Abgeordnete für Prince Albert, hat sich bereit erklärt, auf seinen Sitz im Unterhaus zu Gunsten von Premier King zu verzichten. Dieser wird nun am 15. Februar seine Niederlage bei der letzten allgemeinen Wahl wieder gutzumachen suchen. Ob die Konservativen und die Progressiven von Prince Albert Kandidaten gegen Premier King ins Feld stellen werden, ist im Augenblick noch ungewiß. Manche glauben, daß King ohne Gegnerschaft die Wahl gewinnen werde.

Hotel Chateau Frontenac teilweise abgebrannt

Quebec, 15. Jan. — Der östliche Flügel des Hotels Chateau Frontenac ist heute Nachmittag abgebrannt. Die anderen Teile des Hotels wurden durch Wasser und Rauch beschädigt. Fünf Feuerwehrleute erlitten beim Einsturz von Mauern schwere Verletzungen. Der Sachschaden wird auf zwei Millionen Dollar geschätzt. Die Canadian Pacific-Bahn, die das Hotel eignet, stellte den obdachlos gewordenen Gästen 25 Schlafzimmer zur Verfügung.

Deutsche Flutschäden

Berlin, 16. Jan. — Die Erdstöße, von denen West- und Nord-Deutschland heimgesucht wurde und die in Köln, Koblenz, Aachen, Düsseldorf, Dortmund, Braunschweig und Hamburg fühlbar waren, eine in Deutschland äußerst seltene Erscheinung, werden von Gelehrten auf eine eigentümliche Ursache zurückgeführt. Sie erklären, daß die Wassermassen, welche die gegenwärtige Ueberschwemmung herbeigeführt haben, in die poröse Masse der erloschenen Vulkane in der Eifel eingedrungen sind und äußere und innere Erdrutsche hervorgerufen haben. Man hat unter anderem im Tal der Liefer in der Eifel einen neuen großen Erdrutsch gefunden. Doch gibt Prof. Archenhold vom Treptower Observatorium die tröstliche Kunde, daß die Aengstlichen, die weitere Erschütterungen befürchten, dazu keine Veranlassung haben.

Berechnungen des Ministeriums des Innern veranschlagen die Beschädigungen und Verluste, welche durch die Ueberschwemmungen angerichtet worden sind, auf wenigstens 50,000,000 Mark. Am schwersten betroffen sind die Rheinlande, das Tal der Wehr und der Harz, wo kleine Bergwerke unter Wasser stehen.

Hamburg und Bremen haben ihre eignen Befürchtungen, die mit der Ueberschwemmung nichts zu tun haben. Sie sorgen sich um ihre Dampfer, die im Norden der Ostsee im Eise feststecken. Esthland und Rußland haben sich geweigert, den vom Eise eingeschlossenen Schiffen mit Eisbrechern zu Hilfe zu kommen, weil sie, angeblich nicht durchbrechen können. Man befürchtet, daß die Besatzung von 14 großen Schiffen verhungern wird, ehe von Deutschland her sie Hilfe erreichen kann. Die deutsche Regierung hat sich mit der Bitte an Moskau gewendet, den Schiffen durch Flugzeuge Lebensmittel zu schicken.

Deutscher Flugzeugverkehr am Golf von Mexiko

Miami, Fla., 16. Jan. — Direkter Flugzeugverkehr zwischen Süd-Florida, Kuba und Südamerika trat ins Leben, als in Miami, Fla., ein großes Seeflugzeug der „Sociedad Colombo Alemanele Transportes Aereos" eintraf. Das Flugzeug, ein deutscher Entwurf und gesteuert von Freiherrn Franz von Buddenbrock, ist für 10 Passagiere und Gepäck eingerichtet.

Tausendjährige Städte

Berlin, 15. Jan. — Die Stadt Berching in der Oberpfalz bereitet sich auf die Feier ihres tausendjährigen Bestehens im September nächsten Jahres vor.

Eine andere Stadt, die ihr tausendjähriges Bestehen feiern könnte, ist Bernkastel an der Mosel. Anstatt eine Feier zu veranstalten, hat der Stadtrat beschlossen, das Ereignis durch Errichtung eines Fonds von 100,000 Mark zu feiern, dessen Zinsen dazu dienen sollen, die Kriegsveteranen in Bernkastel zu unterstützen.

Premier Dunning unterbreitet sein Budget

Günstige Entwicklung der Farmwirtschaft im letzten Jahre.

Die Minister Latta und Dr. Uhrich gegen Anderson.

Konservativer Organisator will nur Unterricht in der englischen Sprache und ist Feind der Separatschulen

Regina. — Premier Dunning ließ in der Legislatur von Saskatchewan den Voranschlag für das nächste Finanzjahr 1926/27 auflegen, der an Ausgaben insgesamt $16,631,338 vorsieht gegenüber einem Kostenvoranschlag von $15,620,400 im Finanzjahr 1925/26.

Das letzte Finanzjahr Saskatchewans, das am 30. April 1925 zu Ende ging, schloß mit einem Barfehlbetrag von $166,388 ab, der aber mehr als gedeckt ist durch Außenstände aus der „Public revenue tax" u. a., die insgesamt $1,939,143 betragen. Diese Rückstände sind um etwas mehr als $200,000 vermindert um dem Vorjahr vermindert.

Von dem Saskatchewan Liquor Board hat die Regierung für die erste Abrechnungsperiode vom 15. April 1925 bis 30. Juni 1925 $264,384 an verfügbaren Gewinnen erhalten. Die Ziffern für die zweite Abrechnungsperiode, die mit dem 31. Dez. 1925 endigte, konnten noch nicht bekanntgegeben werden. Premier Dunning schlug dem Hause vor, das Fiskaljahr des Liquor Board auf den 31. März eines jeden Jahres enden zu lassen. Er meinte, die Zeit um Weihnachten und Neujahr bringe für den Liquor Board die schwerste Belastung und es sei zweckmäßig, den Abschluß der Jahresrechnung auf eine weniger beschäftigte Zeit zu verlegen. Die Profite aus dem Alkoholverkauf, wurden, wie bereits früher angedeutet, zur Abtragung der Provinzialschulden verwendet.

In seiner Budgetrede vor der Legislatur erinnerte der Premier an die Tatsache, daß er in früheren Jahren oftmals auf wenig ermutigende Anzeichen in der wirtschaftlichen Lage der Provinz habe hinweisen müssen. Nun aber konne er zum ersten Male der Hoffnung auf eine Besserung der Lage Ausdruck verleihen. Man konne, ohne zu übertreiben, sagen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Saskatchewans heute besser seien als zu irgend einer Zeit seit dem großen Kriege.

An Hand von Statistiken, welche das Landwirtschaftsministerium von Saskatchewan in sehr vorsichtiger Weise zusammenstellt, erläuterte dann der Premier die Lage. Er bezäfte sich zuerst mit der Ernte von 1925. 13,002,741 Acker Weizen seien angebaut gewesen oder um 31,741 Acker weniger als im Jahre 1924. Der Durchschnittsertrag von 1925 war 18.5 Buschel per Acker, verglichen mit 11 Buschel per Acker im Jahre 1924. Die Gesamtweizenproduktion beläuft sich auf ungefähr 240,551,000 gegenüber 143,343,000 Buschel im Vorjahr, oder auf fast 100 Millionen Buschel mehr als im letzten Jahr. Der durchschnittliche Rohwert der letzten Ernte ist schwer zu schätzen. Das statistische Bureau des Landwirtschaftsministeriums nimmt $1.10 per Buschel netto an. Auf dieser Basis wurde der Gesamtwert unserer Weizenproduktion im Jahre 1925 sich auf $264,606,000 netto beziffern gegen $173,445,000 des tatsächlichen Erntewertes von 1924, d. h. um über $90,000,000 mehr bei sehr vorsichtiger Schätzung.

Der Haferanbau hat im Jahre 1925 sich auf 5,071,507 Acker erstreckt, was einer Zunahme von 129,042 Acker gegen 1924 gleichkommt. Das letztjährige Durchschnittsergebnis stellte sich auf 34.5 Buschel per Acker, während es 1924 nur 19.7 Buschel war. Insgesamt wurden 1925 etwa 174,967,000 Buschel Hafer geerntet oder um 77,622,000 Buschel mehr als im Vorjahr. Der Durchschnittspreis ist 33 Cents per Buschel gegen 43 Cents im Jahre 1924, sodaß sich für 1925 ein Gesamtwert der Haferernte in Höhe von $57,739,000 (1924: $41,858,000) ergibt. — Der Gesamtwert der Gerstenernte wird auf $12,177,000 gegen $10,937,000 und derjenige der Flachsernte auf $14,580,000 gegen $11,932,000, des Vorjahres veranschlagt. Bei Roggen ergibt sich ein Gesamtwert von $2,888,000 (1924: $2,382,000).

Alle Feldfrüchte haben nach den Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums der Provinz durchwegs einen besseren Durchschnittsertrag per Acker eingebracht und ihr Gesamtwert wird auf $364,677,000 angegeben gegenüber einem Gesamtwert von $250,710,000 im Jahre 1924, was einem Mehrertrag in Höhe von $113,967,000, gleichkommt wurde.

Im Viehstand ist bei den Pferden eine Verminderung zu verzeichnen. Die Zahl der Milchkühe hat um 23,351 Stück zugenommen. Man zählte 1925 insgesamt 1,199,411 Stück Vieh oder um allgemeinem 29,156 Stück weniger. Doch der Wert des Rindviehs wird um $2,843,000 höher eingeschätzt. Schafe gab es im letzten Jahre 131,359 (1924: 123,326), Schweine 610,973 (1924: 872,819). Der Gesamtwert der Milchprodukte beläuft sich auf $20,940,790 (1924: $19,219,700).

Wenn man alle Ziffern zusammennimmt, kommt man zu dem Schlusse, daß die Farmer aus dem Verkauf ihrer überschüssigen Farmprodukte im Jahre 1925 mindestens $285,210,395 erhalten (1924: $195,517,220). Demnach würden $89,663,173 mehr in die Provinz kommen als im Vorjahre. Nach Ansicht des Premier erhöht sich diese Summe sogar auf $100,000,000. Dementsprechend habe sich auch die günstige Stimmung unter den Farmern seit der letzten Ernte bedeutend gebessert.

Zu den provinzialen Finanzverhältnissen übergehend, meinte Premier Dunning, der Fehlbetrag von $166,388 sei wohl nicht besonders tragisch zu nehmen, namentlich wenn man bedenke, mit welchen Defizits andere Provinzen zu arbeiten hätten und welche Außenstände noch die Provinzkasse aufhabe, worauf schon einleitend hingewiesen wurde. Daher ist es auch nicht notwendig, eine neue Steuer vorzuschlagen. Der Redner erklärte ferner, woher die Einnahmen der Provinzialregierung kommen und welche Ausgaben notwendig sind. Einnahmen auf jeden Dollar: Dominionregierung 28.34 Cts.; allgemeine Besteuerung 38.51 Cts.; Lizenzen 14.79 Cts.; Gebühren 8.54 Cents; Rückzahlungen von Vorschüssen und Anleihen 4.96 Cents; Einnahmen aus Einrichtungen 1.41 Cts.; Geldstrafen usw. 1.48 Cents; verschiedene Einnahmequellen 1.97 Cents. Ausgaben auf jeden Dollar: Verwaltungskosten 4.44 Cents; Legislatur 1.59 Cents; Polizeigerichte, Gefängnisse, Landtitel usw. 16.46 Cts.; Unterrichtswesen, Volksgesundheit, Kinderschutz, Förderung der Landwirtschaft usw. 70.39 Cts.; verschiedene Ausgaben 7.22 Cents.

* * *

Im Laufe der Legislaturverhandlungen wurde weiterhin auf Vorschlag des landwirtschaftlichen Komitees beschlossen, die $284,200, welche Saskatchewan aus dem Ueberschuß des „Canadian Wheat Board" zufließen, zur Errichtung einer Stiftung für landwirtschaftliche Untersuchungen zu verwenden. Die Zinsen daraus werden nutzbringend angelegt auf wissenschaftliche Erforschung von pflanzlichen und tierischen Krankheiten, zur Untersuchung der landwirtschaftlichen Vermarktung, zur Gewährung von Stipendien an tüchtige Studenten aus Saskatchewan am landwirtschaftlichen College und an Graduierte des College.

* * *

Bei der Budget-Debatte ließ Dr. J. T. M. Anderson (konservativ, Saskatoon) wieder eine lange Rede vom Stapel, in welcher er unter anderem namentlich das Unterrichtsministerium angriff. Er verlangte, daß die drittklassigen Normalschulklassen eingestellt und daß die Prüfung von Grad 8 für alle Schüler zur Pflicht gemacht werden. Unterrichtsminister Hon. S. J. Latta blieb die Antwort nicht schuldig. Auf die Kritik Dr. Andersons und anderer erwiderte der Minister, die Unterrichtsabteilung sei wohl noch nicht vollkommen, aber es seien in den Jahren 1924 und 1925 wirkliche Fortschritte in Saskatchewan gemacht worden. Man habe mehr Wert auf die innere als auf die äußere Verbesserung gelegt. Der Minister wandte sich besonders dagegen, die Schule zu einer Stätte der reinen beruflichen Vorbildung zu machen. Die geistige und sittliche Erziehung sei noch viel wichtiger. Ein gesunder Geist solle in einem gesunden Körper wohnen: „Große Weizenfelder, reiche Wälder, Seen voll von Fischen, große Bergwerke, riesige Fa-

(Fortsetzung auf Seite 8.)

Deutschlands Eintritt in Völkerbund verschoben

Alliierte zögern, ihr Locarno-Versprechen für Herabsetzung der Rheinlandbesatzung zu erfüllen

Frankreich soll treibende Kraft sein.

Berlin, 16. Jan. — Der Außenminister Dr. Gustav Stresemann teilte dem Reichstagsausschuß für auswärtige Beziehungen mit, daß die Alliierten darauf bestünden, 75,000 Mann Besatzungstruppen im Rheinland zu behalten. Infolgedessen muß Deutschlands Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund bis auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Die Reichstagskommission für auswärtige Beziehungen forderte die Regierung auf, fest darauf zu beharren, daß die Besatzungsarmee im Rheinland auf die Stufe der deutschen Garnisonen vor dem Krieg beschränkt werden muß. Die deutschen Garnisonen bestanden aus 45,000 bis 50,000 Mann. Ueberdies wird eine Milderung der Herrschaft im Rheinland verlangt, um den Verträgen von Locarno und dem dort vereinbarten gründlichen Abkommen zu entsprechen.

Amtliche Kreise hegen den Verdacht, daß hauptsächlich Frankreich die Erfüllung der deutschen Wünsche und Hoffnungen auf Herabsetzung der alliierten Truppen in den Rheinland-Zonen verhindert. England und Belgien begannen bereits mit Verminderung ihrer Truppenzahl. Die Stockung ist den Gegnern der Luther-Stresemann-Regierung willkommen; denn sie ist ihren unaufhörlichen Angriffen auf den Dawes-Plan und die Locarno-Verträge günstig. Daher wünscht namentlich Luther eine Aufklärung über die Absichten der Entente. Er möchte mit seinem Kabinett vor dem Reichstag erscheinen, ohne daß ihn eine unbestimmte Zusicherung der Alliierten über Besserung der Zustände im Rheinland belastet.

Rumänien knebelt Pressefreiheit

Bukarest, 16. Jan. — Der Ministerrat beschloß eine strenge Zensur für alle Zeitungen aus fremden Ländern. Der Grund liegt in den im Ausland verbreiteten Geschichten über angebliche Unruhen in Rumänien. Unter anderem wird behauptet, im rumänischen Heer herrsche infolge des Thronverzichts von Prinz Carol Unruhe. Den Beamten zufolge sind die Berichte durch Feinde von Rumänien angestiftet. Die Armee, wird erklärt, sei die am meisten unpolitische Körperschaft in der Welt.

Der höchste Turm der Welt

Berlin, 18. Jan. — Doppelt so hoch wie der Eiffelturm soll der erste Rotorturm der Welt werden, mit dessen Bau der Ingenieur Honnef demnächst beginnen wird. Honnef ist der Erbauer des erst kürzlich errichteten Funkturms von Königswusterhausen, des modernen deutschen Funkturms, der seiner Höhe nach an den Eiffelturm nahe herankommt. Das neue Projekt Honnefs wird in Mitteldeutschland voraussichtlich in der Nähe von Leipzig verwirklicht werden. Später sollen auch in Berlins Umgebung Windkrafttürme dieser Art zur Aufstellung kommen. Ihre Aufgabe wird sein, unter Zuhilfenahme der Flettner'schen Erfindung, die den Magnuseffekt zum erstenmal praktisch verwertete, die Windkraft der Technik dienstbar zu machen, d. h. aus der Luft Elektrizität zu produzieren.

Ungarischer Graf in Tschechei verhaftet

Prag, Tschecho-Slowakei, 17. Januar. — Graf Emmerich Andrassy, ein ungarischer Edelmann, der in Homonna im östlichen Tschecho-Slowakien gewohnt hat, ist im Gefängnis zu Kaushau, nachdem er auf die Anklage der Brandstiftung verhaftet worden war, in Verbindung mit dem Niederbrennen von Scheunen und Warenhäusern, in denen tschechische Soldaten einquartiert waren. Es heißt jedoch, daß dies nur eine technische Anklage ist und daß es sich bei der Verhaftung eigentlich um die Verbindung mit dem „dreißig Millionen Franken Fälschungsfall" in Ungarn handelt.

Französische Kammer und die Beschießung von Damaskus

Painleve rechtfertigt General Sarrail

Briand wehrt sich gegen sozialistische Angriffe.

Paris, 16. Jan. — Bei einer Debatte, die sich gelegentlich der Interpellationen in der französischen Deputiertenkammer bezüglich der Lage in Syrien entwickelte, erklärte Ministerpräsident Briand, daß der Aufstand jetzt wesentlich zurückgehe. Kriegsminister Painleve führte aus: General Sarrail sei durch die Ereignisse gezwungen worden, einige Schüsse auf Damaskus abgeben zu lassen, um sehr ernste Ereignisse zu verhindern. Jeder, der etwas von islamitischer Politik verstehe, erkenne an, daß die durch General Sarrail befolgte Politik die Mehrzahl der Einwohner von Damaskus veranlaßt habe, Frankreich treu zu bleiben und ihm zu helfen, die Plünderer zurückzuwerfen.

Nach einer Rede des unabhängigen Kommunisten Faur, der versuchte, eine Verbindung zwischen den Ereignissen in Syrien und denen in Marokko herzustellen, erklärte Ministerpräsident Briand: Militärpersonen seien für besondere Aufgaben geschaffen, dürften aber nicht mit der Verwaltung beauftragt werden. Er (Briand) weigere sich, den Sultan Atrasch oder Abd el Krim als Kulturträger anzusehen. Frankreich wolle Syrien und Marokko die Zivilisation bringen. Frankreich habe viel zu sehr gelitten, um nicht zu wünschen, dem Blutvergießen Einhalt zu tun, aber es sei angegriffen worden. Die Aufgabe Frankreichs sei es, den Geist der Solidarität unter den Völkern zu entwickeln, indem es die Freiheit der Völker achte. Es habe dies dadurch bewiesen, daß es der Türkei ungeheure Gebiete zurückerstattet habe. Frankreich konne also nicht des Imperialismus beschuldigt werden. „Wir wären glücklich," so rief Briand aus, „wenn Syrien sich selbst regieren konnte. Wir wollen ja das syrische Volk nur mit Ratschlägen unterstützen." Auch Briand rechtfertigte die Beschießung von Damaskus. Die Stadt sei dadurch vor Feuersbrunst und Plünderungen bewahrt worden.

Briand mußte wiederholt in die Debatte eingreifen und erklärte u. a., daß nunmehr zwischen Frankreich und England ein volles Einvernehmen in den Fragen des Orients herrsche. Der radikalsozialistische Führer Cazahls brachte schließlich eine Tagesordnung ein, welche lautet: „Die Kammer richtet ihre dankbare Huldigung an die Offiziere und Soldaten und alle jene, welche Frankreich in Syrien dienen. Sie setzt in die Regierung das Vertrauen, daß diese eine Politik der Pazifizierung beobachten und das Mandat im Einvernehmen mit dem Völkerbunde organisieren werde. Die Kammer billigt die Instruktionen, welche die Regierung dem Oberkommissär erteilte."

Mit 345 gegen 107 Stimmen wurde ein sozialistischer Antrag abgelehnt, daß Frankreich das Mandat über Syrien dem Völkerbunde zurückgeben solle. Der Vertrauensantrag für die Regierung wurde durch Handaufheben angenommen.